

Meine Damen und Herren,

unser komplexes Thema möchte ich zunächst auf eine sehr einfache Frage reduzieren: Was lässt sich für die Stärkung des Vertrauens in Demokratie und Marktwirtschaft, für die Steigerung der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft tun? Mein Antwortversuch kann, wenn er sich an den Vorgaben der Veranstalter orientiert, mehr als eine knappe Argumentationskizze nicht liefern. Dennoch will ich den Versuch machen, ein Stück weit hinter die nächstliegenden Antworten zurückzugehen. Für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit unserem Thema scheint mir das unerlässlich zu sein. Beginnen muss ich mit einer kurzen kritischen Vorbemerkung.

Unser heutiges Thema schnürt Demokratie und Marktwirtschaft wie selbstverständlich zu einem Paket zusammen. Vielen von Ihnen mag das sympathisch sein. Es besteht auch gar kein Zweifel daran, dass es starke Systeminterdependenzen gibt. Aber die Frage, die zu bedenken ist, lässt sich nicht einfach für beide Ordnungen im gleichen Argumentationsgang beantworten. Es ist notwendig, zwischen ihnen zu unterscheiden. Immerhin will ich versuchen von einem gemeinsamen Ausgangspunkt auf einen gemeinsamen Zielpunkt hin zu argumentieren.

Den Ausgangspunkt meiner Überlegungen bildet die Wahrnehmung, dass wir, was Demokratie und Marktwirtschaft angeht, vor einem Paradox stehen. Für die Demokratie wie für die Marktwirtschaft gilt, dass das 20. Jahrhundert mit einem beispiellosen Triumph zu Ende gegangen ist; einem Triumph, der diesen Ordnungen nicht einfach zufällig in den Schoß gefallen ist, sondern letztlich ihrer systemischen Überlegenheit entsprang. Aber dieser Triumph hat paradoxerweise keineswegs dazu geführt, dass die Menschen sich stärker, überzeugter, vertrauensvoller mit Demokratie und Marktwirtschaft identifizieren.

Das gilt nun freilich für beide Ordnungen nicht in gleicher Weise. Was die Demokratie angeht, so zeigen Umfragen hierzulande ein hohes Maß an Zustimmung zum Ideal, zur Idee der Demokratie, zu ihren Grundnormen, aber zugleich – bei übrigens deutlichen

Unterschieden zwischen Ost und West – ein relativ hohes Maß an Unzufriedenheit mit dem, was man die real existierende Demokratie nennen könnte. In anderen Demokratien sieht das ganz ähnlich aus.

Bei der Marktwirtschaft hingegen wird die Unterscheidung zwischen der Idee und der real existierenden Marktwirtschaft nicht gemacht. Die Realitäten schlagen auf die Idee zurück. Bereits an diesem Punkt müssen wir also das Paket Demokratie plus Marktwirtschaft in der Argumentation aufschnüren.

Ich wende mich zunächst der Demokratie zu.. Man stößt, sobald man die verbreitete Skepsis, die Missvergnügtheit des Souveräns gegenüber dem realen demokratischen politischen Betrieb genauer in den Blick nimmt, alsbald auf ein zweites Paradoxon. Nie ist die Politik ängstlicher, schonender mit dem Wähler umgegangen als heute. Das hängt einerseits mit der durch die Demoskopie vermittelten Allgegenwart des Wählers im Kalkül der Gewählten zusammen, andererseits mit seiner die Parteien verunsichernden Volatilität; weniger technisch ausgedrückt, mit der langsamen Erosion fester lebenszeitlicher Parteibindungen. Aber dieses ängstliche Bemühen darum, den Wähler nicht zu irritieren, sich als Wohltäter des Wählers zu profilieren, wird von den Umworbeneen nicht honoriert. Der Verdruss über den Politikbetrieb, über die real existierende Demokratie wächst eher. Diese Beobachtung legt es nahe, für einen Augenblick innezuhalten und die Zwischenfrage zu stellen: Wovon reden wir eigentlich, wenn wir von Vertrauen in Demokratie und Marktwirtschaft reden?

Ich schlage vor, drei Dimensionen des Vertrauens zu unterscheiden. Da ist, erstens, das Vertrauen zu den handelnden Personen, d. h. zu den Repräsentanten der Ordnung. Es geht, zweitens, um das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der politischen oder auch ökonomischen Ordnung. Und, drittens: Vertrauen in Ordnungen ist nicht denkbar ohne die Überzeugung, dass es sich, alles in allem, cum grano salis, um eine gerechte Ordnung handle. Alle drei Dimensionen, das Vertrauen in die Repräsentanten der Ordnung, das Vertrauen in die Effizienz der Ordnung, das Vertrauen in die Gerechtigkeit der Ordnung sind natürlich auf das Engste miteinander verwoben. Schwächen strahlen von der einen in die andere Dimension aus. Aber auch Kompensationen sind möglich. Es spricht z.B. viel dafür, dass Vertrauen in Personen Leistungsschwächen vorübergehend auffangen kann.

Dieser Wechselwirkungen ungeachtet empfiehlt es sich, die drei Dimensionen analytisch voneinander zu unterscheiden.

Offenbar stellt sich, um das Hauptargument dort wieder aufzugreifen, wo wir es abgebrochen haben, Vertrauen in die Effizienz wie die Gerechtigkeit der demokratischen politischen Ordnung, auch Vertrauen in die handelnden Personen nicht dadurch ein, dass die konkurrierenden Parteien sich immer stärker an den demoskopisch abgebildeten Wählerbefindlichkeiten orientieren. Wie aber lässt sich dieses Vertrauen dann gewinnen? Welches sind die Bürgererfahrungen, auf die es ankommt?

Die Antwort wird nicht einfacher, wenn man sich klar macht, dass es beim Systemvertrauen um das Vertrauen in Regeln geht, dass aber die Menschen ihre Erfahrungen nicht unmittelbar mit den Regeln des demokratischen politischen Prozesses machen, sondern mit den alltagsbedeutsamen Ergebnissen des Prozesses. Deshalb urteilen sie über die Demokratie unter dem Eindruck dieser Ergebnisse. Was die Regeln an sich bedeuten, nehmen sie erst wahr, wenn sie mit anderen Formen der Ausübung von Herrschaft zu tun haben. Auch nehmen sie die Ergebnisse nur zum Teil unmittelbar wahr, Steuererhöhungen etwa; in der Hauptsache sind es die Medien, die die Wahrnehmung der Politik bestimmen

Wie also, noch einmal, bildet sich Vertrauen in die Demokratie, wenn nicht durch die beständige, ängstliche Rücksichtnahme auf das, was uns die Demoskopie über die Befindlichkeit des Wählers mitteilt. Vielleicht hilft der einfache Gedanke weiter, dass Vertrauen etwas mit Vertrauenswürdigkeit zu tun haben könnte, was nichts anderes bedeutet, als dass die Erwartungen der Bürger an eine leistungsfähige und gerechte politische Ordnung zumindest in ihren Tiefenstrukturen letztlich doch in einem elementaren Gemeinsinn der Bürger wurzeln. Erwartet wird, heißt das, dass die Politik sich wahrnehmbar an der regulativen Idee des Gemeinwohls orientiert. Wenn dieser Gedanke richtig ist, müsste man zur Erklärung fehlenden Vertrauens nach den offenkundigen Schwächen der Demokratie fragen, gemessen an allgemein zustimmungsfähigen Maßstäben für Effizienz und Gerechtigkeit.

Ich denke, man wird nicht auf starken Widerspruch stoßen, wenn man feststellt, dass die offensichtlichste systemische Schwäche der Demokratie ihre Gegenwartsfixierung ist, anders formuliert: ihre Neigung, Lasten auf die Zukunft abzuwälzen. Systemische Schwäche meint eine Schwäche, die sich aus der Logik des demokratischen politischen Prozesses ergibt. Politiker orientieren sich, das ist die Logik demokratischer Politik, in der Demokratie an dem Ziel, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Unter Bedingungen des Parteienwettbewerbs, wie er für die Demokratie konstitutiv ist, bringt diese Orientierung ein anhaltend selektives Muster von Politik hervor. Stark vereinfacht beschrieben: Es geschieht, was nach der Einschätzung der konkurrierenden Parteien dem Erfolg im Wettbewerb dienlich ist, und es unterbleibt, was diesen Erfolg gefährden könnte. Das durch die Logik des demokratischen Prozesses geprägte Politikmuster lässt sich inhaltlich auf die einfache Formel bringen: Begünstigung der Gegenwart, Belastung der Zukunft. Politik, die nach diesem Prinzip gemacht wird, verletzt beständig elementar sowohl das Kriterium der Effizienz wie das Kriterium der Gerechtigkeit. Das der Effizienz, weil die Lösung der meisten Probleme umso schwieriger und kostspieliger wird, je länger man sie hinaus schiebt. Das ist beispielsweise bei der Reform der Sozialversicherungssysteme überwältigend deutlich geworden. Das Kriterium der Gerechtigkeit deshalb, weil zukünftige Generationen die Zechen bezahlen müssen, welche Zechpreller hinterlassen haben.

Dass fehlendes Vertrauen in die real existierende Demokratie in einem Zusammenhang mit der elementarsten systemischen Schwäche der Demokratie: ihrer Zukunftsignoranz, wie ich es zugespitzt nennen will, stehen könnte, ist zwar ausdrücklich nur eine über die Brücke des Begriffs der Vertrauenswürdigkeit gewonnene Vermutung. Aber es ist alles andere als abwegig anzunehmen, dass das Vertrauen in das demokratische Gemeinwesen in seiner, um diesen Begriff noch einmal aufzugreifen, Tiefenstruktur an die Wahrnehmung gebunden ist, dass das Gemeinwesen seine eigenen Schwächen zur Kenntnis nimmt und sich ihnen stellt. Dies ist nun aber keine Forderung, die die Wähler einfach an die Gewählten oder die Gewählten an die Wähler stellen könnten. Die Zukunftsschwäche der Demokratie hat ja gerade mit der Interaktion zwischen Wählern und Gewählten zu tun. Und sie kann auch nur in der Interaktion zwischen Wählern und Gewählten, vermittelt durch eine lebendige Öffentlichkeit, überwunden werden; und das nicht ein für allemal, sondern nur immer wieder aufs Neue.

Es geht, wenn man so will, um einen Prozess des gemeinsamen Erlernens von Zukunftsverantwortlichkeit. Ohne die Bereitschaft der Parteien, im politischen Wettbewerb auch Risiken einzugehen, wird ein solcher Prozess nicht in Gang kommen. Und ohne eine wachsende Bereitschaft der Wähler, über den Tag hinaus zu denken, geweckt durch eine Politik, die ihrerseits über den Tag hinaus denkt, wird der Prozess nicht fortschreiten. Kommt aber ein solcher Lernprozess in Gang und schreitet er fort, so könnte das Vertrauen in Demokratie, um das es uns hier ja geht, eine ganz neue Qualität gewinnen.

Und die Marktwirtschaft? Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass die Skepsis oder gar das Misstrauen gegenüber dem Markt grundsätzlicher sei als die Demokratieskepsis. Wie für die Demokratie gilt aber auch für die Marktwirtschaft: Systemvertrauen ist Vertrauen in die Effizienz der Ordnung einerseits und ihre Gerechtigkeit andererseits. Und nicht anders als die Demokratie hat auch die Marktwirtschaft ihre systemische Schwäche, d. h. ihre in der Logik des Marktes angelegte Schwäche. Marktwirtschaft, zumal die Soziale Marktwirtschaft, die ja explizit die Notwendigkeit politischer Korrektur der Marktergebnisse anerkennt, setzt eine Balance zwischen Politik und Markt voraus. Diese Balance ist von beiden Seiten her gefährdet. Dominiert die Politik den Markt, so ist die Effizienz des Marktes in Gefahr. Dominiert der Markt die Politik, so ist die Legitimität der Marktwirtschaft in Gefahr.

Wir befinden uns seit geraumer Zeit in einer Phase der Schwäche der Politik gegenüber dem Markt. Diese Schwäche resultiert in der Hauptsache daraus, dass politische Autorität nach wie vor im Wesentlichen territorial verfasst ist, also in ihrer Reichweite begrenzt, während Märkte, vor allem die Finanzmärkte, inzwischen global verfasst sind, so dass die Akteure auf diesen globalen Märkten sich dem regulierenden Zugriff der territorial verfassten Politik in hohem Maße entziehen können. Die Marktakteure haben diese Asymmetrie, der Gewinnlogik des Marktes folgend, mit einer Konsequenz ausgenutzt, die schließlich die Märkte selbst beinahe in eine Katastrophe getrieben hat. Die Politik musste sie retten. Ob diese Erfahrung dauerhaft Verhaltensänderungen bewirkt, wissen wir noch nicht. Grundsätzlich aber hat sich an der Konstellation, aus der sich die Schwäche der Politik ergibt, nichts geändert. Es ist, so wortreich die Politik sich jetzt auch selbst zu Taten mahnt, unwahrscheinlich, dass die Balance zwischen Politik und Markt sich rasch

wiederherstellt, einfach deshalb, weil der Aufbau handlungsfähiger, d.h. Staatsgrenzen überschreitender politischer Autorität nur ganz, ganz langsam fortschreiten wird. Es käme also darauf an, und das wäre ja vielleicht ohnehin heilsamer, dass die Marktwirtschaft Mechanismen der Selbstbeschränkung entwickelt. Anders formuliert: Die Marktakteure müssen begreifen, dass die Legitimität der Marktwirtschaft erodiert. Und dass sie Verantwortung für die Bewahrung dieser Legitimität tragen und deshalb gefordert sind, dem Erosionsprozess entgegenzuwirken. Können wir damit rechnen? Ich weiß es nicht. Einfach darauf zu vertrauen, dass der Marktwirtschaft schon deshalb die Zukunft gehöre, weil es keine Alternative zu ihr gebe, ist hoch riskant. Eine Wirtschaftsordnung, zu der es in der Tat keine vernünftige Alternative gibt, die aber gleichwohl ihre Legitimität verspielt, das wäre eine äußerst dramatische Konstellation. Man darf nicht erwarten, dass eine solche Entwicklung politisch folgenlos bliebe. Im Kleinen können wir das ja auch schon beobachten. Wir haben inzwischen in der Bundesrepublik ein Fünfparteiensystem mit einer entschieden marktfeindlichen Linkspartei im zweistelligen Prozentbereich, eine Konfiguration, die Politik in diesem Land nicht einfacher macht.

Ich fasse zusammen: Demokratie und Marktwirtschaft sind gleichermaßen auf einem historischen Höhepunkt ihrer weltweiten Geltung angelangt. Beide Ordnungen gehorchen aber einer Systemlogik, die ohne Korrektur ihre Legitimität langfristig gefährdet. Die Vertrauenswürdigkeit von Demokratie und Marktwirtschaft hängt auch und wesentlich davon ab, dass sie sich dieser Problematik bzw. dieser Paradoxie stellen.

Vertrauenswürdigkeit und die Bereitschaft tatsächlich zu vertrauen aber, das ist die einfache Annahme, die meinem Argument zugrunde liegt, haben etwas miteinander zu tun. Vielen Dank.